



Index	Last	Change (net/%)		Prev.	Index	Last	Change (net/%)		Prev.
DAX	11205,54	286,92	2,63	10918,62	DJ 30	24706,35	336,25	1,38	24370,1
MDAX	23175,11	439,69	1,93	22735,42	NASDAQ Cp	6784,608	66,16	0,98	6718,453
TEC DAX	2559,76	40,89	1,62	2518,87	Nikkei 225*	20721,35	55,28	0,27	20666,07
EuroStoxx50	3134,92	65,57	2,14	3069,35	Hang Seng*	27212,08	121,27	0,45	27090,81
Bund Future	164,07	-0,23	-0,14	164,3	Euro/US \$	1,1376	0,00	0,11	1,1363
Gold in \$*	1281,57	-0,18	-0,01	1281,75	Öl (Brent) \$*	62,92	0,22	0,35	62,7

*Daten von circa 06:00

Vorbörsliche Indikationen (07:00)				
DAX Indikation	11.210	+5	S&P Future	2.666,20
			NASDAQ Future	6.768
				-5,40
				-24,75

Aktie	Parität in €	Change € %		Schlusskurs Xetra in €	Schlusskurs NYSE in \$	Volumen NYSE
SAP AG	92,95	-0,15	-0,17%	93,10	105,74	484.358
Nokia OJ	5,37	0,06	1,14%	5,31	6,11	22.432.561

Unternehmenstermine (u.a.)						
Unternehmen	Ric	Anlass	Zeit	Gewinn/Verl. ¹	Umsatz ¹	EPS ¹
Heute keine wichtigen Unternehmenstermine						

¹Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² Reuters: Umfrage; ³ gemäß Unternehmensangabe; ⁴ Reuters/Multex; ⁵ sonstige

Konjunkturtermine (u.a.)				
Land	Indikator	Monat	Uhrzeit	Schätzung
D	Erzeugerpreise (m/m)	Dezember	08:00	0,1% (0,1%)
D	Erzeugerpreise (y/y)	Dezember	08:00	3,0% (3,3%)

¹ Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² CBS MarketWatch; ³ Börsenzeitung; ⁴ Handelsblatt; ⁵ FT; ⁶ Barron's

Wall Street Schlussbericht				
Volumen NYSE:	1,06 (0,95)	Volumen NASDAQ:	2,42 (2,10)	
10-jährige Bonds:	- 12/32	30-jährige Bonds:	- 18/32	y 2,78 % y 3,10 %

In der **Hoffnung** auf ein **Ende des Zollstreits mit China** decken sich Anleger wieder mit US-Aktien ein. China bietet einem Agenturbericht zufolge den USA an, in den kommenden sechs Jahren deutlich mehr Produkte einzuführen und auf diese Weise das Handelsdefizit abzubauen. "Es ist zwar so gut wie unmöglich, den Stand der Beziehungen zwischen den USA und China vernünftig einzuschätzen", sagte Jasper Lawler, Chef-Analyst des Online-Brokers LCG. "Dennoch lechzt der Markt nach jeder Schlagzeile. Das zeigt, wie sensibel er auf das Handelsthema reagiert."

Gestützt wurde die Stimmung auch von einem Bericht des "Wall Street Journal", wonach US-Finanzminister Stephen Mnuchin bei der nächsten Verhandlungsrunde mit der Pekinger Regierung Ende Januar eine Aufhebung der Strafzölle auf chinesische Einfuhren vorschlagen will. Das Thema Handelskrieg spielte an den Märkten die dominante Rolle, sagte Everett Millman, Edelmetallexperte bei Gainesville Coins. "Es ist noch Luft für eine Erholung an den Märkten."

Bei den Aktienwerten zog **Tesla** Aufmerksamkeit auf sich. Der Elektroauto-Pionier machte ersten Berechnungen zufolge zum Jahresabschluss weniger Gewinn als im dritten Quartal. Außerdem sollen 3000 Stellen gestrichen werden. Tesla-Titel verloren fast 13 Prozent.

Enttäuscht reagieren Investoren auch auf die Zahlen von **Netflix**. Die Online-Videothek lockte zwar so viele Neukunden an wie nie zuvor. Das Umsatzplus zum Jahresende 2018 und die Ziele für das laufende Quartal blieben aber hinter den Erwartungen zurück. Netflix verbilligten sich um vier Prozent.

Besser lief es dank des höheren Ölpreises bei Energiewerten: Die Papiere des Ölfeldausrusters **Schlumberger** profitierten zusätzlich von unerwartet hohen Erlösen und schnellten 8,1 Prozent in die Höhe.



Heute bleiben die US-Börsen aufgrund des Feiertags „Martin Luther King Day“ geschlossen.

US Unternehmen

Das Landgericht München untersagt **Apple** im Patentstreit mit **Qualcomm** die Behauptung, dass alle iPhone-Modelle für Kunden durch Mobilfunkbetreiber und Händler deutschlandweit verfügbar blieben. Eine im Dezember versandte Presseerklärung sei irreführend, weil sie zur Täuschung geeignete Angaben über die Verfügbarkeit von Waren enthalte, heißt es in einer einstweiligen Verfügung, die *Reuters* vorlag. Verbraucher hätten auf dieser Grundlage glauben können, dass bestimmte iPhones weiterhin zu kaufen seien, obwohl der Verkauf der Modelle iPhone 7 und iPhone 8 zu diesem Zeitpunkt gerichtlich untersagt worden sei. Apple war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Marktmeldungen

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) sieht die **globale Konjunktur** schwerwiegenden **Bedrohungen** ausgesetzt. "Das globale Wachstum verlangsamt sich, es gibt viele dunkle Wolken da draußen", sagte WEF-Präsident Borge Brende der *"Süddeutschen Zeitung"*. Er sprach von "geopolitische Verwerfungen, die die Welt vergiften". Es gebe zudem kaum Spielraum der Notenbanken gegenzusteuern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel dringt auf eine **gemeinsame Rüstungsexportpolitik** zumindest mit **Frankreich**. Man werde gemeinsam ein neues Kampfflugzeug entwickeln, sagte Merkel am Samstag auf dem CDU-Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommerns in Rostock. "Aber wer mit uns gemeinsam ein Flugzeug entwickelt, der möchte natürlich auch wissen, ob er das Flugzeug mit uns gemeinsam verkaufen kann", sagte sie. Es gehe nicht, dass man dann sage, dass die eigenen Schrauben und Teile nicht mitexportiert werden dürften. "So können wir nicht zusammenarbeiten. Da werden wir Kompromisse machen müssen. Darüber sprechen wir in Augenblick", fügte Merkel hinzu. Denn heute habe Deutschland sehr strenge Exportkontrollen, andere EU-Länder seien aber weniger streng (*Reuters*).

Die **Bundesregierung** verhängt Medienberichten zufolge neue **Sanktionen gegen den Iran**. Grund sei der Verdacht, dass der Geheimdienst des Landes Anschläge in Europa verübt und weitere geplant habe, berichten die *"Süddeutsche Zeitung"*, *"NDR"* und *"WDR"* am Sonntagabend. In dieser Woche werde das Luftfahrtbundesamt in Braunschweig die Betriebserlaubnis für die iranische Mahan-Airline aussetzen. Sie fliegt pro Woche aus Teheran dreimal Düsseldorf und einmal München an. Das Flugverbot geht über Sanktionen hinaus, die die Europäische Union (EU) bereits Anfang des Monats verhängt hatte. Das Auswärtige Amt teilte den Berichten zufolge mit, über "interne politische Abstimmungsprozesse" gebe man "keine Auskunft". Mahan steht seit 2011 auf einer Sanktionsliste der USA.

Die **britische Premierministerin** Theresa May peilt einem Medienbericht zufolge einen **bilateralen Vertrag mit Irland** an, um das **Brexit-Abkommen** doch noch durch das Parlament zu bringen. Mit dem Schritt wolle May die umstrittene Backstop-Vereinbarung im Scheidungsabkommen mit der EU aushebeln, berichtete die *"Sunday Times"*. Mays Berater seien der Auffassung, dass die Regierungschefin damit die Unterstützung für ihren Brexit-Plan von der nordirischen Partei DUP und von rebellischen Abgeordneten ihrer eigenen konservativen Partei gewinnen könnte. Die DUP unterstützt Mays Minderheitsregierung.

Die **britische Premierministerin** Theresa May unternimmt einem Pressebericht zufolge einen neuen Anlauf, um ihr **Brexit-Abkommen** doch noch durch das Parlament zu bringen. Die Regierungschefin erwäge eine Änderung des Karfreitagsabkommens, berichtete die Zeitung *"Daily Telegraph"* am Sonntagabend. Die Neufassung des damaligen Friedensvertrags solle garantieren, dass eine harte Grenze zwischen dem britischen Nordirland und der Republik Irland vermieden werde. Im April 1998 hatten die irische und die britische Regierung sowie die Parteien in Nordirland das Karfreitagsabkommen unterzeichnet, um den nordirischen Bürgerkrieg zwischen irischen Nationalisten und protestantischen Unionisten zu beenden.

Die **britische Regierung** geht im **Brexit-Streit** auf Konfrontationskurs zum **Parlament**. Es könne nicht sein, dass das Unterhaus den Brexit-Prozess an sich reiße, sagte Handelsminister Liam Fox am Sonntag in der *BBC*. Die Entscheidung der Bevölkerung für den Austritt aus der EU sollte nicht ausgehebelt werden (*Reuters*).



US-Präsident Donald Trump hat in dem seit rund vier Wochen anhaltenden **Haushaltsstreit** den oppositionellen Demokraten ein neues Angebot unterbreitet. Er wolle den Demokraten beim sogenannten Daca-Programm entgegenkommen, sagte Trump am Samstag in einer Ansprache. Das Programm schützt Hunderttausende sogenannte Dreamer, die als junge Menschen illegal ins Land kamen, vor einer Abschiebung. Trump war bislang gegen dieses Programm und wollte es abschaffen. Beim Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko beharrt Trump dagegen auf den von ihm geforderten 5,7 Milliarden Dollar. Mit seinem Vorstoß wolle er die Haushaltsblockade lösen, sagte der Republikaner. Die führenden Demokraten lehnten die Idee jedoch umgehend ab (Reuters).

US-Präsident Donald Trump sieht Fortschritte in den Gesprächen mit **China** über eine Lösung des **Handelsstreits**. Man sei nach zahlreichen Verhandlungen und Treffen gut mit der Volksrepublik vorangekommen, sagte Trump am Samstag zu Journalisten in Washington. Eine Handelsvereinbarung mit der Regierung in China sei sehr wohl möglich. Trump dementierte jedoch einen Medienbericht, wonach die USA eine Aufhebung der **Importzölle** erwägen. Laut dem *"Wall Street Journal"* brachte US-Finanzminister Steven Mnuchin eine Aufhebung einiger oder aller Zölle auf chinesische Importe ins Spiel (Reuters).

US-Präsident Donald Trump plant für Ende Februar ein zweites Treffen mit **Nordkoreas Machthaber** Kim Jong Un. Das teilte das US-Präsidialamt am Freitag nach einer rund einstündigen Unterredung Trumps mit dem nordkoreanischen Gesandten Kim Yong Chol mit. Der Ort des zweiten Gipfeltreffens zwischen den USA und Nordkorea werde zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben, hieß es weiter (Reuters).

Die **Türkei** erklärt sich bereit, die **Sicherheit in der nordsyrischen Grenzstadt** Manbidsch zu übernehmen. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am Sonntag in einem Telefonat seinem **US-Amtskollegen** Donald Trump, wie das türkische Präsidialamt mitteilte (Reuters).

Die weltweite Konjunkturlokomotive **China** verliert an Schwung. Im vergangenen Jahr stieg das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) der zweitgrößten Volkswirtschaft so langsam wie seit 28 Jahren nicht mehr. Die am Montag vom Statistikamt mitgeteilte Wachstumsrate sank auf 6,6 Prozent von 6,8 Prozent im Jahr 2017 und fiel damit so hoch aus wie von Ökonomen erwartet. Der Handelsstreit mit den USA hinterlässt mittlerweile seine Spuren. Investitionen und Konsum schwächelten zum Jahresende. Experten erwarten weitere Konjunkturstützen der Regierung (Reuters).

Automobiles & Parts

BMW-Chef Harald Krüger und **Daimler**-Entwicklungschef Ola Källenius prüfen derzeit die Möglichkeit umfangreicher Allianzen, erfuhr das *Handelsblatt* aus Kreisen beider Unternehmen. Im Zentrum der Gespräche steht eine engere Kooperation beim Zukunftsthema autonomes Fahren. Geprüft wird eine Zusammenlegung der Produktentwicklung, sogar Patente könnten sich die Unternehmen gegenseitig offenlegen. Ziel ist es, die milliarden schweren Entwicklungskosten zu senken und einen gemeinsamen Industriestandard zu etablieren. Beide Konzerne kommentieren die Gespräche nicht, betonen aber ihre grundsätzliche Offenheit.

Mit dem Umstieg auf **Elektroautos** droht auch bei **VW** ein Ende des für Kleinverdiener erschwinglichen "Volkswagens". Das deutete Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch im Gespräch mit der Zeitung *"Welt am Sonntag"* an. Menschen mit niedrigem Einkommen dürften sich seinen Worten zufolge künftig vor die Frage gestellt sehen, ob sie sich ein Auto überhaupt noch leisten können. "Das könnte ein Thema werden", sagte Pötsch. "Wir haben das klare Ziel, die Elektromobilität auch für breite Bevölkerungsschichten zugänglich, das heißt erschwinglich zu machen." Dies werde bei Einstiegsfahrzeugen aber zweifellos schwierig. "Das heutige Preisniveau ist nicht zu halten, wenn diese Autos mit Elektromotoren ausgestattet werden", führte Pötsch aus. "Daher wird es im Kleinwagensegment ganz unweigerlich zu erheblichen Preiserhöhungen kommen."

Toyota Motor und **Panasonic** planen einem Insider zufolge die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens für den Bau von Batterien für Elektrofahrzeuge. Das Joint Venture solle im kommenden Jahr starten, sagte die mit dem Vorgang vertraute Person. Toyota werde 51 Prozent der Anteile halten, Panasonic den Rest. Das neue Unternehmen könnte Batterien an Mazda und Subaru liefern, Panasonic werde allerdings die Fertigung für Tesla weiter selbst übernehmen. Eine formelle Ankündigung könne in den kommenden Tagen erfolgen. Beide



Unternehmen verwiesen auf Anfrage auf eine 2017 vereinbarte Partnerschaft bei der Batterie-Herstellung (Reuters).

Frankreich hat einem Medienbericht zufolge die Regierung in Tokio von Plänen in Kenntnis gesetzt, die Autobauer **Renault** und **Nissan** zusammenzuführen. Eine französische Delegation habe als wahrscheinlichste Variante einer Integration eine Holdinggesellschaft genannt, berichtete die Zeitung *"Nikkei"* am Sonntag. Zudem wolle Frankreich den nächsten Vorsitzenden von Nissan benennen. Ein Stellungnahme des Unternehmens lag zunächst nicht vor.

Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire hat **Michelin-Chef** Jean-Dominique Senard als Nachfolger des in Japan inhaftierten **Renault**-Chefs Carlos Ghosn ins Gespräch gebracht. Senard sei eine anerkannte Größe in der Autoindustrie, sagte Le Maire der Zeitung *"Journal du Dimanche"*. Außerdem habe der Michelin-Chef gezeigt, dass er einen großen Industriekonzern führen könne und sich der sozialen Verantwortung seines Amtes bewusst sei. "Es liegt nun am Verwaltungsrat, die Vorschläge der Berufungskommission zu prüfen", ergänzte Le Maire. Die Regierung, die größter Renault-Aktionär ist, werde dabei mitreden.

Banks

Die französische Großbank **BNP Paribas** hat überraschend einen sicher geglaubten Großauftrag der **Deutsche-Bank**-Tochter **DWS** verloren. Das berichtet das *"Handelsblatt"* am Sonntagabend unter Berufung auf beide Unternehmen. Das Mandat umfasste die Fondsadministration sowie Depot- und Verwahrungsdienstleistungen für große Teile der DWS-Fonds. "Nach langen intensiven Verhandlungen und enger Zusammenarbeit haben die DWS und BNP Paribas Securities Services gemeinsam beschlossen, die im Juni 2018 angekündigte Übertragungen der Fondsadministration für aktiv verwaltete Fonds der DWS und der Depot- und Verwahrungsdienstleistungen für Publikumsfonds der DWS in Deutschland und Luxemburg an die BNP Paribas Securities Services nicht weiterzuverfolgen", sagte ein DWS-Sprecher dem Blatt. Der Deutschland-Sprecher von BNP Paribas schloss sich der Zeitung zufolge der Aussage an.

Industrial Goods & Services

Die **französische Regierung** will die **EU-Kommission** doch noch davon überzeugen, die geplante Fusion der Zugsparten von **Siemens** und **Alstom** zu genehmigen. Finanzminister Bruno Le Maire kündigte dazu im Gespräch mit der Zeitung *"Journal du Dimanche"* ein Treffen mit EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager am Montag an. Diese hat erhebliche Bedenken gegen den Zusammenschluss. Mit der Angelegenheit vertraute Personen zufolge will die Kommission am 6. Februar ihr Veto gegen das Vorhaben bekanntgeben.

Le Maire versucht, die Brüsseler Behörde davon abzubringen. "Eine Ablehnung der Fusion von Alstom und Siemens wäre sowohl wirtschaftlich als auch politisch ein Fehler", betonte er. Auch die Bundesregierung unterstützt die Pläne der beiden Unternehmen (Reuters).

Innerhalb der nächsten 30 Jahre will **Thyssenkrupp** rund 10 Milliarden Euro in CO2-freie Stahlerzeugung investieren. Damit setzt sich der Essener Konzern an die Spitze einer Bewegung, die inzwischen die gesamte Branche erfasst hat (Handelsblatt).

Der Bundesregierung drohen wegen des verhängten Lieferstopps für Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien womöglich Schadenersatzforderungen. **Rheinmetall** kündigte nach *"Spiegel"*-Informationen in einem Brief an das Wirtschaftsministerium an, das Unternehmen werde die Regierung bei einer Fortsetzung des Embargos wegen der eigenen Umsatzausfälle entsprechend verklagen.

Media

Der Chef des Fernsehkonzerns **ProSieben Sat.1** sieht auf dem Markt der Streamingdienste Bedarf für einen deutschen Anbieter. Es gebe neben Amazon und Netflix noch Platz für einen deutschen Dienst, sagte Max Conze der Nachrichtenagentur *Reuters* am Sonntag am Rande der DLD-Digital-Konferenz in München. "Dieser könnte alle deutschen Inhalte vereinen, die die Leute mögen." Er zeigte sich zuversichtlich, dass ein solches Angebot in Zusammenarbeit mit **Discovery**, dem öffentlich-rechtlichen **ZDF**, dem Verlagshaus **Axel Springer** und möglicherweise noch anderen Partnern im Spätsommer starten könne. Die Preiserhöhung des Streamingriesen Netflix gebe Anlass zur Hoffnung, sagte der ProSieben-Chef.



Others

Der Ticketvermarkter **CTS Eventim** will die Erlöse aus der Maut in sein traditionelles Geschäft investieren. "Unser Fokus liegt jetzt darauf, in unseren Kerngeschäften - Ticketing und Live Entertainment - weiter zu wachsen, sowohl organisch als auch durch Zukäufe", sagte CTS-Eventim-Vorstandschef Klaus-Peter Schulenberg der Zeitung *Euro am Sonntag*. "Die Erlöse aus dem Maut-Auftrag verschaffen uns hier langfristig zusätzlichen Handlungsspielraum." Das Verkehrsministerium hat Eventim und seinen österreichischen Partner Kapsch TrafficComKTCCG.VI ausgewählt, um die Pkw-Maut-Vignetten zu verkaufen.

Telecommunications

Die **Telecom Italia** stößt mit ihrem Plan, die Festnetzsparte in eine eigenständige Gesellschaft auszugliedern, auf Widerstand der zuständigen Behörde. Die **Regulierungsaufsicht** Agcom sprach sich am Wochenende in einer ersten Einschätzung auf ihrer Internetseite gegen das Vorhaben aus. Grund seien Bedenken, dass die Telecom Italia auch nach der Ausgliederung ihre eigenen Unternehmen zum Nachteil der Wettbewerber bevorzugen könnte. Die endgültige Entscheidung will die Behörde in 45 Tagen treffen. Ein Konzernsprecher lehnte einen Kommentar dazu ab (Reuters).



Kontakte Steubing AG

Morning News:

Alexander Dietzer
+49 (0) 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt Michael Heidn
+49 (0) 69 29716 176 +49 (0) 69 29716 131
Wolfgang Schroth
+49 (0) 69 29716 144

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0) 69 29716 0
Fax: +49 (0) 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
53117 Bonn
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt
Deutschland